

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion Die Linke

### **Bezahlbares Essen für alle: Kiezkantinen für Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Programm zur Förderung von Kiezkantinen in Höhe von 19 Millionen Euro pro Jahr aufzulegen. Damit sollen in jedem Berliner Bezirk soziale Orte gefördert und eröffnet werden, die gesunde und warme Mahlzeit anbieten, von denen die günstigste Mahlzeit für 3 Euro angeboten wird.

Kiezkantinen sollen vorzugsweise in landeseigenen Liegenschaften entstehen. Der Senat soll gemeinsam mit den Bezirken insbesondere prüfen, ob und inwiefern sich bezirkliche Rathäuser als Standorte anbieten. Bei der Standortsuche sollen insbesondere Quartiere in den Blick genommen werden, denen es an sozialer Infrastruktur besonders fehlt, die besonders von Armut und Einsamkeit betroffen sind bzw. an denen ein besonders großer Bedarf für Kantinen für Beschäftigte besteht.

Das Kiezkantinen-Programm soll auf drei Phasen ausgelegt sein:

#### **Phase I: Förderung bestehender Küchen und Kantinen**

Der Senat soll eine Förderung in Höhe von 4,2 Millionen Euro ausschreiben, auf die sich bereits bestehende Kantinen und Küchen bewerben können, die bestimmte Kriterien erfüllen: Sie müssen zugänglich für alle sein, eine Mahlzeit für drei Euro anbieten und allen Mitarbeitenden tarifliche Löhne zahlen. Außerdem soll das Essensangebot die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erfüllen sowie eine Mindestquote an pflanzlichen, regionalen und Bio-Lebensmitteln enthalten. Bei der Umsetzung dieser Standards sollen die Ernährungslots\*innen der Berliner Bezirke sowie das vom Land Berlin bereits geförderte Team der Kantine Zukunft unterstützen. Mit dieser Förderung soll die bestehende Infrastruktur erhalten, professionalisiert und ausgebaut werden.

Die Höhe der Förderung für einen Standort soll sich nach der Zahl der Mahlzeiten, die im

vorherigen Jahr nachweislich angeboten wurden, richten, und so kalkuliert sein, dass ein wirtschaftlicher Betrieb der Küche bei dieser Zahl an Mahlzeiten zu einem Preis von drei Euro gewährleistet werden kann. Als Standorte sollen besondere Berücksichtigung Nachbarschaftshäuser, Stadtteilzentren, Kirchen etc. erhalten, die nicht nur als Küchen, sondern auch als Orte der Zusammenkunft funktionieren.

#### Phase II: Öffentliche Ausschreibung von Kiezkantinen

In Phase II soll das Land Berlin den Betrieb von Kiezkantinen öffentlich ausschreiben. Dafür sollen neben bestehenden Kantinen insbesondere leerstehende Küchenräume in landeseigenen Gebäuden genutzt werden. Bewerben können sich zum Beispiel Cateringunternehmen, Inklusionsbetriebe, Gastronomiebetriebe oder das StudierendenWerk. Produktionsküchen mit frischer Zubereitung sollen bevorzugt werden.

Die Betreiber verpflichten sich zu tariflicher Bezahlung sowie zu gesunden, regionalen und ökologisch nachhaltigen Mahlzeiten. Angeboten werden muss mindestens eine Mahlzeit für 3 Euro. Die Finanzierung erfolgt über drei Bausteine:

- eine Sockelfinanzierung für Personal- und Fixkosten,
- eine leistungsbezogene Vergütung pro ausgegebener Mahlzeiten,
- Qualitätsboni für besonders gute, nachhaltige und soziale Angebote.

Es soll geprüft werden durch gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln Skaleneffekte zu erzielen und Kosten zu senken. In der Beschaffung sollen regionale und ökologisch wirtschaftende Erzeuger mit gerechten Arbeitsbedingungen ausdrücklich bevorzugt werden.

Mit bis zu 14,4 Millionen Euro sollen bis zu 15 Kiezkantinen gefördert werden, die durchschnittlich jeweils 800 Mahlzeiten täglich anbieten können. Das entspricht rund 12.000 Mahlzeiten pro Tag bzw. knapp 2,9 Millionen Mahlzeiten pro Jahr.

#### Phase III: Kiezkantinen als soziale Infrastruktur im Eigenbetrieb

Langfristig sollen die Kiezkantinen als Teil der städtischen Infrastruktur vom Land Berlin selbst betrieben werden. Dazu soll ein eigenes Unternehmen als Körperschaft öffentlichen Rechts gegründet werden, das die bestehenden Kiezkantinen nach und nach übernehmen, aber auch neue eröffnen kann, nach dem Vorbild des Berliner StudierendenWerks.

Im Rahmen der dritten Phase sollen die Kiezkantinen in einem Pilotprojekt auch in die Mittagessenversorgung an Berliner Schulen und Kitas einbezogen werden: Eine geeignete Kiezkantine soll zunächst das Catering für drei bis fünf umliegende Grund- und weiterführende Schulen übernehmen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 01.09.2026 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Gesundes und warmes Essen darf kein Luxus sein. Doch immer mehr Menschen in Berlin können sich nicht mehr jeden Tag eine warme Mahlzeit leisten. In den letzten fünf Jahren sind die Preise für Grundnahrungsmittel um mehr als 35 Prozent gestiegen<sup>1</sup>. Die Angebotsmieten in

---

<sup>1</sup><https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/steigende-lebensmittelpreise-fakten-ursachen-tipps-71788#:~:text=In%20den%20letzten%20Jahren%20sind,praktische%20Tipps%20f%C3%BCr%20den%20Einkauf.&text=Das%20Wichtigste%20in%20K%C3%BCrze:,sich%20also%20mehr%20denn%20J>

Berlin sind im selben Zeitraum um fast 100 Prozent gewachsen<sup>2</sup>. Bundesweit sind es über 10 Millionen Menschen, die nicht einmal jeden zweiten Tag eine ausgewogene Mahlzeit bezahlen können. Die Tafel unterstützt in Berlin monatlich 165.000 Menschen<sup>3</sup>.

In Berlin lebt fast jedes vierte Kind in Armut<sup>4</sup>. Die Armutsgefährdungsquote liegt in Berlin bei 19,1 Prozent<sup>5</sup> - besonders hoch ist sie in Neukölln (29,4 Prozent). Besonders betroffen von „Ernährungsarmut“ sind Menschen im Transferleistungsbezug. Das Bürgergeld sieht lediglich ca. 6,50 Euro am Tag für Lebensmittel vor. Doch anstatt sicherzustellen, dass alle Menschen in Deutschland sich ausgewogen ernähren können, kürzt die Bundesregierung immer weiter. Es bleiben nur noch Notlösungen aus der Zivilgesellschaft wie die Tafeln – doch die sind schon jetzt völlig überlastet.

In Berlin grassiert eine Epidemie der Einsamkeit: 14 Prozent der Menschen in unserer Stadt geben laut einer aktuellen Studie<sup>6</sup> der Techniker-Krankenkasse an, sich „manchmal“ oder „häufig“ einsam zu fühlen. Weitere 43 Prozent kennen ebenfalls das Gefühl der Einsamkeit. Fast 56 Prozent der Berliner\*innen leben in Singlehaushalten. Besonders viele von ihnen sind über 65 Jahre alt: Über 300.000 ältere Menschen leben allein, darunter mehr als zwei Drittel Frauen. Einsamkeit und Altersarmut hängen eng zusammen: Mehr als jeder dritte Rentner bezieht eine Rente unterhalb der Armutsgrenze. Und alleinlebende Rentner\*innen sind besonders häufig von Altersarmut betroffen. Armut führt dazu, dass ältere Menschen kaum mehr öffentliche Angebote nutzen können. Es fehlt an öffentlichen Räumen, an denen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen zusammenkommen können. Die braucht es nicht nur für eine lebenswerte Gesellschaft, sondern auch für eine funktionierende Demokratie.

#### Zu wenige Kantinen in Berlin

Öffentliche Kantinen haben schon immer günstiges Essen für alle angeboten. Die durchschnittlichen Kosten pro Mahlzeit liegen in Berliner Kantinen seit Jahren stabil zwischen 5,50 Euro und 8,50 Euro. Das macht sie zu einem beliebten Ort für die Mittagspause von Arbeiter\*innen und Angestellten, aber auch von Rentner\*innen und Menschen aus der Nachbarschaft. Kantinen waren immer auch soziale Orte, die Menschen zusammenbringen.

Viele Kantinen in Berlin mussten jedoch in den letzten Jahren aufgrund steigender Mieten schließen. Auch die stark gestiegenen Preise für Lebensmittel und für Energie machen vielen Betreibern zu schaffen. Um gegenüber Supermärkten und Lieferdiensten konkurrenzfähig zu bleiben, können viele Kantinen die Kostenexplosion nicht durch höhere Preise abfedern. Und einige nicht-gewinnorientierte Nachbarschaftsküchen mussten in den letzten Jahren aufgrund der Kürzungspolitik des schwarz-roten Senats schließen, weil ihnen die Räume und die notwendigen Förderungen genommen wurden.

Für viele Beschäftigte, ob in der öffentlichen Verwaltung, bei der BSR oder auf Baustellen, ist das Kantinensterben ein großes Problem. Sie müssen häufig auf andere, teurere gastronomische Angebote zurückgreifen. Außerdem ist die Anzahl an öffentlich zugänglichen Kantinen in Berlin sehr ungleich verteilt: Während es in Mitte (16) und Charlottenburg-Wilmersdorf und Pankow (jeweils acht) besonders viele sind, liegen in den Bezirken mit der höchsten

---

e.

<sup>2</sup> <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2025/11/berlin-mieten-angebotsmieten-wohnungsmarkt-mietpreisbremse-amtsblatt.html>

<sup>3</sup> <https://www.berliner-tafel.de/uber-uns/stiftung?utm>

<sup>4</sup> <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/DruckSachen/d19-2085.pdf>

<sup>5</sup> <https://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/ergebnisse/ziel-1-keine-armut/armutsgefaehrungsquote>

<sup>6</sup> <https://www.tk.de/presse/themen/praevention/gesundheitsstudien/einsamkeitsreport-2024-2186772>

Armutsgefährdungsquote jeweils nur eine (Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Spandau). Öffentliche Kantinen fehlen also gerade da, wo sie am meisten gebraucht werden.

Eine Kiezkantine in jedem Bezirk

Eine gerechte und lebenswerte Stadt ist auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Aus gutem Grund haben Arbeiter\*innen und linke Bewegungen im Lauf der Geschichte eine öffentliche Daseinsvorsorge für die wichtigsten Grundbedürfnisse erkämpft – Gesundheit, Bildung, Mobilität, Wohnen. Das Grundbedürfnis nach einer warmen, gesunden Mahlzeit sollte keine Ausnahme sein.

Deshalb wollen wir in jedem Bezirk eine öffentlich finanzierte Kiezkantine aufbauen – als Teil der sozialen Infrastruktur, wie Bibliotheken oder Schwimmbäder. Dort gibt es gesundes, regionales Essen zu bezahlbaren Preisen. Durch den Aufbau eines Netzwerks dieser Kantinen schaffen wir für alle Menschen die Möglichkeit, täglich eine gute, gesunde und preisgünstige Mahlzeit zu bekommen. Damit stärken wir auch den sozialen Zusammenhalt und sichern das Recht auf ein gutes und bezahlbares Essen für alle Berlinerinnen und Berliner.

Es gibt viele erfolgreiche Beispiele für öffentliche und kommunale Küchen: Von den britischen Gemeinschaftsküchen der 1950er Jahre oder den heute noch existierenden Milchbars in Polen und die neuen Istanbuler Kommunalkantinen bis zur Kampagne des New Yorker Bürgermeisters Zohran Mamdani. Öffentliche Gemeinschaftsküchen, die solidarisch oder kommunal finanziert werden, gibt es heute zum Beispiel in Paris, Amsterdam, Kopenhagen.

Auch in Berlin gibt es historische Vorbilder: 1868 gründete die Berlinerin Lina Morgenstern, die eine führende Rolle sowohl in der Frauen- als auch in der Arbeiterbewegung ihrer Zeit hatte, den “Volksküchenverein”, der gesunde Mahlzeiten zum Selbstkostenpreis anbot. Später, in der Hungersnot des Ersten Weltkriegs, versorgten städtische Küchen über 20 Prozent der Berliner Bevölkerung. Und seit den 1970ern entstanden in Berlin Dutzende “Volksküchen” und “Küfas” (Küchen für alle), von denen viele bis heute existieren.

Auch in der Agrarpolitik können Kiezkantinen eine wichtige Rolle spielen. Indem sie langfristig auskömmliche Mengen an Lebensmitteln von regionalen Erzeuger\*innen oder Erzeugergemeinschaften direkt beziehen, ohne den Umweg über Großmarkt und Einzelhandel, schaffen sie stabile Perspektiven für die Höfe rund um Berlin – und machen gleichzeitig frische, saisonale Lebensmittel für alle in der Stadt zugänglich. Als Linke wollen wir sicherstellen, dass alle Menschen in Berlin sich frische und leckere Lebensmittel leisten können und gleichzeitig diejenigen gerecht entlohnt werden, die diese Lebensmittel in harter Arbeit produzieren.

Und schließlich sollen die Kiezkantinen auch einladende öffentliche Räume sein, in denen die unterschiedlichsten Nachbarinnen und Nachbarn zusammenkommen und sich gerne aufhalten. Wie in einer kreativen Stadt auch mit wenig Geld wunderschöne Kantinen entstehen können, zeigt zum Beispiel das Refettorio Ambresiano in Mailand, in dem namhafte Künstler\*innen ihre Arbeiten ausstellen.

Wer in den Kiezkantinen isst, soll sich auch an ihrer Gestaltung beteiligen können – und zum Beispiel über die Gerichte mitentscheiden dürfen, die angeboten werden. Vor allem sollen die Kantinen aber auch als öffentliche Räume von der Berliner Zivilgesellschaft genutzt werden können. In einer Zeit, in der Vereinzelung und Einsamkeit den Rechtsruck der Gesellschaft antreibt, sind solche Räume wichtiger denn je.

Berlin, d. 09.06.2026

Helm            Schulze            Schenker  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke